

# Deutsche Fragen, deutsche Antworten?

*Demokratie jetzt* trat am 14. Dezember mit einem „Dreistufenplan zur Deutschen Einheit“ hervor. Diese Bürgerbewegung präsentierte damit ihr Bekenntnis zur Marktwirtschaft (basierend auf dem „Gemeinsinn der Beteiligten“) und zu einem zügig herzustellenden Wirtschafts- und Währungsverbund mit der BRD, nicht ohne einen „Anschluss“ abzulehnen. Das war gleichzeitig und folgerichtig der nachhaltige Abschied von *Demokratie jetzt* von den sozialistischen Attitüden, welche noch bis vor kurzem ihre Verlautbarungen begleiteten. Auch auf dem Leipziger Gründungsparteitag des *Demokratischen Aufbruchs* wird am 16./17. Dezember umgehend dem gerade beim *Demokratischen Aufbruch* bisher so beliebten „Sozialismus“ der Abschied gegeben. Die machtorientierte pragmatische Umorientierung auf die Formel „Marktwirtschaft und deutsche Einheit“ bewirkte praktisch eine Spaltung der Delegierten. Am 3. Januar sollte der sozialökologische Flügel des *Demokratischen Aufbruchs* um Friedrich Schorlemmer die Partei wegen ihres besonders durch den Vorsitzenden Wolfgang Schnur verkörperten Rechtsrucks verlassen. Nur die *Vereinigte Linke*, die gerade gegründete *Grüne Partei* und zunächst auch noch das *Neue Forum* ließen die programmatische Elastizität ihrer bürgerbewegten Verbündeten vermissen. Zusammen mit anderen Gruppen und Einzelpersonen aus dem gesamten oppositionellen Spektrum, aber auch aus der SED-PDS, organisierten sie am 19. Dezember in Berlin eine Anti-Wiedervereinigungsdemonstration. Die Gemeinsamkeiten kamen aber auch in diesem vertrauten Kreise langsam unter Druck.

## *Aus der Erklärung der Grünen Partei zur deutschen Frage vom 8. Dezember:*

Wir streben ein Bündnis der linken demokratischen Kräfte an, um auf dieser Basis eine Annäherung der beiden deutschen Staaten in den bestehenden Außengrenzen herbeizuführen. Wir schlagen vor: ... Auflösung beider Militärbündnisse bei schnellstmöglicher vollständiger Abrüstung und Schaffung eines gemeinsamen europäischen Sicherheitssystems ... nach den Wahlen 1990 Aufbau einer konföderativen Struktur bei voller innerer Souveränität beider deutscher Staaten; Festschreibung .... der strukturellen Angriffsunfähigkeit ... des Antifaschismus, Abschluß eines Friedensvertrages zwischen der Konföderation und allen am II. Weltkrieg beteiligten Staaten. ... Wir wollen den Erhalt der sozialen Errungenschaften der DDR. Wir wollen Antifaschismus statt Rechtsradikalismus.

## *Aus dem Drei-Stufen-Plan der Nationalen Einigung von Demokratie jetzt vom 14. Dezember '89:*

Die Bürgerbewegung *Demokratie jetzt* lehnt ab, die beiden deutschen Staaten durch Wiedervereinigung in Form des Anschlusses an die Bundesrepublik zusammenzuführen. ...



Der Runde Tisch, gesehen aus der Perspektive des Präsidiums. Hier trafen sich Vertreter der Opposition und der Nationalen Front unter Moderation von drei Kirchenvertretern. Es herrschte Parität 19 Stimmen für die neuen, 19 Stimmen für die alten Kräfte.

## Die Stimmen der Opposition

Sozialdemokratische Partei (2)  
Neues Forum (3)  
Initiative Frieden und Menschenrechte (2)  
Demokratie jetzt (2)  
Grüne Partei (2)  
Demokratischer Aufbruch (2)  
Grüne Liga (2)  
Unabhängiger Frauenverband (2)  
Vereinigte Linke (2)

## *Aus der Erklärung des Neuen Forums vom 18. Dezember '89:*

Wir haben jetzt die Chance, mit dem stalinistischen Sumpf gewaltfrei aber gründlich aufzuräumen und neu anzufangen. Wir distanzieren uns von denen, die Haß, Panik und nationalistische Stimmungen schüren. ... Vereinigung jetzt bedeutet für einige schnellen Wohlstand, für viele aber Arbeitslosigkeit, Verzicht auf Mitbestimmung, Mietwucher und darüber hinaus Legalisierung rechts-extremer und neofaschistischer Parteien und Organisationen. Eine Vereinigung in der Zukunft kann nur auf der Grundlage der Gleichberechtigung beider deutscher Staaten erfolgen. ... Wir dürfen nicht aus der Konfrontation in eine Konföderation fallen. Was wir jetzt benötigen, ist Kooperation. Aber das Volk muß mitentscheiden und kontrollieren können, wofür die Hilfe verwendet wird: Für die partiellen Interessen Einzelner oder für eine ökologisch orientierte Wirtschaftsreform, für den Aufbau einer sozialen gerechten Gesellschaft!

## Die Vertreter der Nationalen Front

SED/PDS (3)  
CDU (3)  
LDPD (3)  
Demokratischer Bauernbund (3)  
NDPD (3)  
FDGB (2)  
Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (2)  
Domovina (1, Stimmrecht ab 7. Sitzung)

## *Aus der Erklärung der Vereinigten Linken zu den Dezembersitzungen des Runden Tisches vom 28. Dezember:*

Entpuppt sich die Modrow-Regierung als der politische Arm eines technokratischen Reformflügels, der nur zu gern die Anpassung an ein System kapitalistischen Wirtschaftens vollziehen möchte? Werden hier die ökonomischen Fundamente einer Wiedervereinigung gelegt? Die Gelegenheit scheint günstig. Immer mehr auch neue politische Kräfte des Landes verwässern die Perspektive eines sich auf der Grundlage gesellschaftlichen Eigentums an den Hauptproduktionsmitteln entwickelnden sozialistischen Gemeinwesens und geben Ängsten vor Arbeitslosigkeit und dem Abbau sozialer Sicherheit Nahrung. Freie Wahlen erscheinen als das politische Allheilmittel der Demokratisierung. Doch am 6. Mai könnten die Entscheidungen bereits gefallen sein – trotz freier Wahlen.

